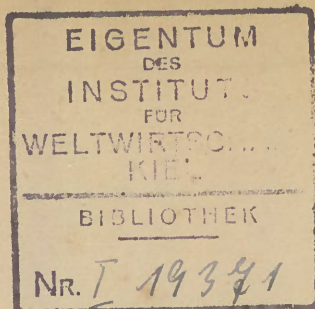


Chr:

Abrechnung

I
9371



Die
allgemeine Altersversorgung.

Eine Studie

von

Franz Jhr.

6580

Berlin.

Verlag von Walther & Apolant.

1887.



v



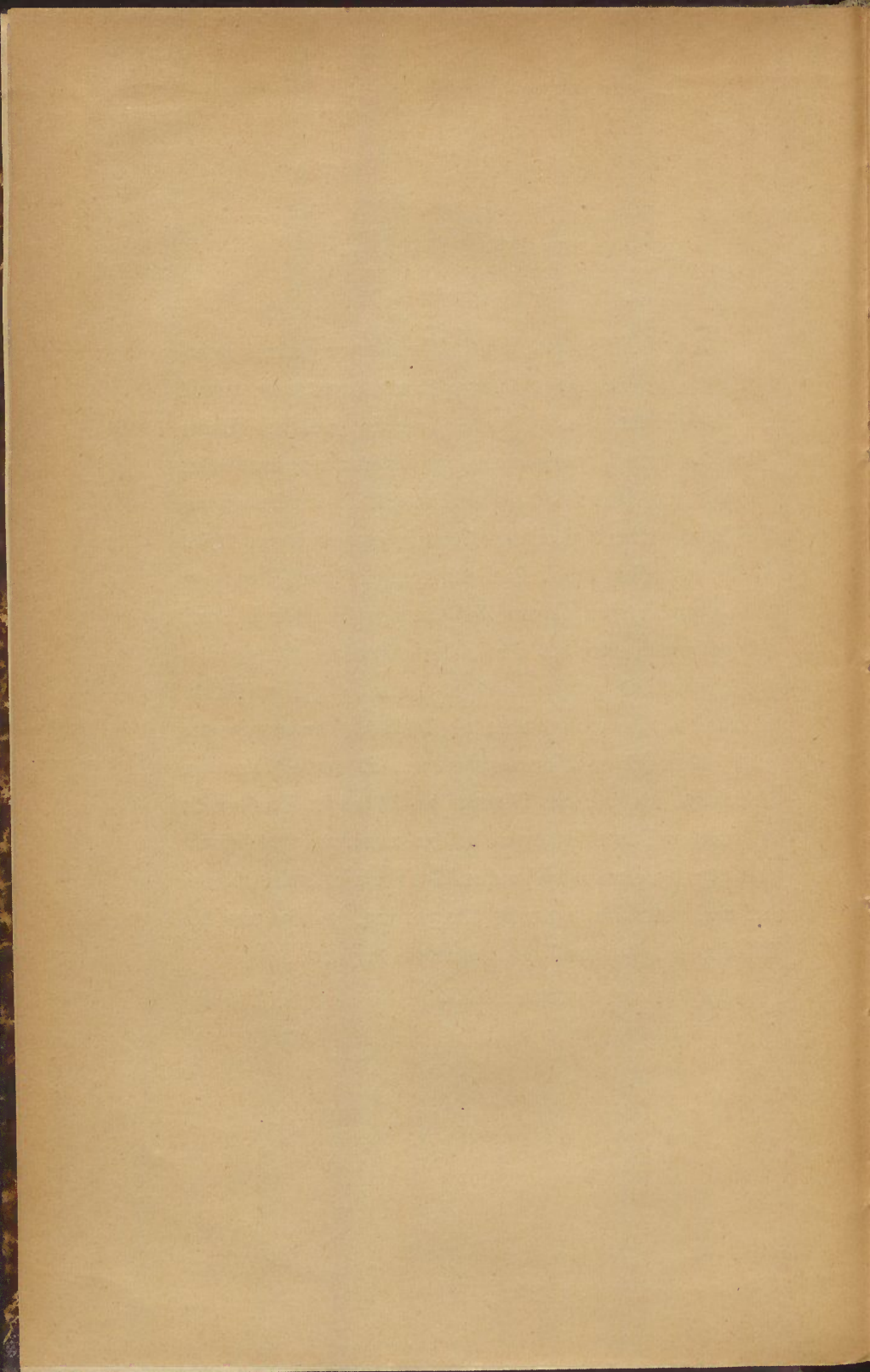
Druck von Adler's Erben in Rostock.

V o r w o r t.

Der Verfasser muß sich im Voraus vor zweierlei Unterstellungen, die ihm gemacht werden könnten, verwahren: einmal, als ob diese Arbeit in Folge der neuesten staatsocialistischen Ziele, die der Altersversorgung der Arbeitnehmer, entstanden sei, und zum andern, als ob aus der Arbeit ein Schluß auf sein socialpolitisches Glaubensbekenntniß gezogen werden könne. Nichts von allem dem. Der Verfasser hat schon lange vor den gesetzgeberischen Thaten des heutigen Staatsocialismus sich gelegentlich über das Thema der allgemeinen Altersversorgung publicistisch geäußert, und es waren lediglich persönliche Gründe, die ihn verhinderten, die Arbeit in der vorliegenden Form schon früher zusammenzustellen. Es war jetzt ihm ein Bedürfniß, sich über die Materie ein Bild vom Standpunkte des heutigen Staatsocialismus aus zu entwerfen, ohne sich für oder gegen denselben auszusprechen. Der Verfasser wollte objectiv urtheilen: sollte ihm dies nicht gelungen sein, so möge man die Objectivität doch überall als vorhanden annehmen.

Berlin, im September 1887.

F. S.



Im Leben der Völker ist's ein beständiges
Wogen und Wehen.

Volksbeglückter, Männer, die das Volk beglücken wollten, hat's zu allen Zeiten gegeben. Kühne Männer aus dem Volke sowohl, als auch Mächtige zählen zu denselben; beider Augenmerk war in der Regel auf die Erhöhung der materiellen Volkswohlfahrt gerichtet. Die Maßnahmen der Mächtigen kennzeichnen sich allerdings gewöhnlich nur als Mittel zum Zwecke: die Befestigung ihres Throns und ihrer Macht. Die Volksmänner werden zwar in ihren Handlungen vornehmlich von idealen Beweggründen geleitet, entspringend aus innerster Ueberzeugung, aus der Liebe zum Nächsten vereint mit Selbstlosigkeit, indessen bilden auch bei manchen von ihnen eigennützig Motive die sie bewegende Kraft.

Im Wechsel der Zeiten wogten die Ansichten über die zur Hebung der Volkswohlfahrt einzuschlagenden Wege auf und ab. Die Frage, was Volkswohlfahrt ausmache, was für sie zu erstreben sei, konnte nie die gleiche Antwort finden. Das Maß der Ansprüche, welche der Mensch an das Leben zu stellen berechtigt ist und dessen Gewährung er als Minimum zur Erhaltung seines Daseins verlangen muß, läßt sich nur von Fall zu Fall bestimmen. Es schwankt nach dem jeweiligen Culturstande des einzelnen Volkes und dessen Sitten. Ein beständiges Vor- und Rückwärtsschreiten der Bewegung macht sich

bemerkbar; was heute als das Endziel aller auf die Volkswohl-
fahrt zu richtenden Bestrebungen hingestellt wird, gilt
morgen bald als zu weit, bald als zu nah gesteckt, bald als
verfehlt. Der Fortschritt, sich in der Verfeinerung der Lebens-
bedürfnisse äussernd, geht indessen immer als Sieger hervor.
Freilich, betrachtet man die lange Reihe der Einzelbewegungen,
so läßt sich nicht selten ein Kreislauf erkennen. Vom Ursprüng-
lichen ausgegangen, erreichten manche Völker eine hohe Cultur-
entwicklung, welche ihnen später wieder verloren ging und sie
dem Ausgangspuncte wieder nahe brachte, auf welchen wir
zurückzublicken vermögen oder den wir uns nach unserer Auf-
fassung der Dinge zurechtlegen.

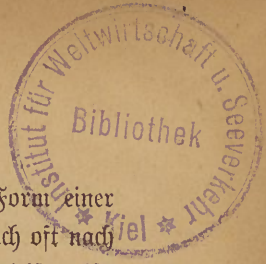
Wenn in der Gegenwart die Hebung der materiellen Volks-
wohl-
fahrt unser ganzes Staatsleben in besonders hohem Grade
ergriffen hat und bewegt, so kann dies nicht Wunder nehmen,
erwägt man, daß die geistige Entwicklung des Volkes in der
letzten Zeit außerordentlich gesteigert wurde. Die Bildung
macht zwar frei, sie löst den Menschen aus den Banden des
Aberglaubens und des engsten Ideentreises, aber mit der gewon-
nenen Erkenntniß seiner Lage und seiner Bestimmung wachsen
die Ansprüche an das Leben. Die Unzufriedenheit wird um so
reger, je schärfer die Vergleiche zwischen dem, was man besitzen
könnte und was man entbehrt, von dem einzelnen Individuum
gezogen werden. Auf die Beseitigung dieser Unzufriedenheit,
welche das bestehende Staatswesen gefährden kann, sind im
Grunde alle Bestrebungen gerichtet, welche vom Staate zur
Hebung der materiellen Volkswohl-
fahrt ins Werk gesetzt werden. Der Staatssozialismus rechnet zunächst mit der Staatsmacht
und dann erst mit dem Volke; er giebt nur gerade so viel, als
zu deren Erhaltung gegeben werden muß, aus Furcht vor

möglichen Umwälzungen, die andernfalls aus dem Begehren der breiten Massen der Bevölkerung zum Nachtheil der Macht sich entwickeln könnten. Von dem Zucker, den der Staats-socialismus reicht, ist die Peitsche noch nicht getrennt; das Recht der Forderung wird zwar anscheinend anerkannt, aber man verdammt, daß dessen Gewährung beansprucht wird. Denn der Staatssocialismus will aus eigenster, freiester Entschließung gegeben haben; seine Gabe soll nicht den unmerklichsten Stempel des Erzwungenseins tragen.

Der Staatssocialismus bewegt sich oft im Kreise. Auch der die Gegenwart berührende trägt diesen Character. Die heutigen staatssocialistischen Maßnahmen arbeiten für die communistischen Pläne und Ziele einer längst vergangenen Zeit. Man mag sich drehen und wenden wie man will, man mag deuteln und disteln mit Aufgebot des größten Scharfsinns: auf dem Wege, den der heutige Staatssocialismus eingeschlagen, treibt er die Gesellschaft direct dem Communismus zu. So lange der Absolutismus schaltete und waltete, wie es ihm beliebte, so lange es nur einen Herrscher und im Uebrigen nur Beherrschte, Dienende, im Staate gab, war es möglich Maßregeln für die Volkswohlfahrt zu treffen, die nur als ein Gnadengeschenk des Herrschers angesehen werden konnten. In Staaten aber, wo der Regierende nur den Rang eines ersten Bürgers einnimmt, in denen das Volk mitbestimmt, und in denen das Volk den Staat bildet, liegt der Keim zur Entwicklung des Communismus. Das Volk dieser Staaten ist in seiner Gemeinschaft Besitzer des Staatsgebietes, soweit es nicht dem einzelnen Staatsbürger gehört; das gemeinsame Besitzthum wird nach Maßgabe des zwischen dem Regierenden und dem Volke abgeschlossenen Vertrags verwaltet. Ein gemein-

james Besizthum aller Staatsangehörigen ist damit geschaffen. Nutzen und Lasten fallen der Gemeinschaft zu. Nicht nur das dem Staate gehörende Gebiet, der Grund und Boden ist in dieser Beziehung als gemeinsamer Besitz aufzufassen: es gehören dazu auch diejenigen Gewerbe, welche der Staat, sei es monopolistisch, sei es im freien Wettbewerbe, betreibt. Post, Telegraphen, Eisenbahn, Bergbau, Canäle, Salinen, Buchdruckerei u. s. w. sind Theile jenes communistischen Besitzes; die Erträge daraus fließen in den gemeinsamen Staatsfäffel, die Einbußen werden demselben entnommen. Die in diesen Betrieben thätigen Angestellten sind als Staatsangehörige Mitbesitzer; es ist gleichgültig, ob die Angestellten nur als Beamte, als außerhalb des Mitbesitzes stehend, angesehen werden; ihre Eigenschaft als Mitbesitzer auf Grund des Staatsbürgerrechtes kann ihnen doch Niemand abspreehen. Indem ihnen durch besondere Berechtigung, durch Zufall oder durch Gunst in den Betrieben eine Stelle zu theil wird, genießen sie vor den übrigen Mitbesitzern, welche diese Arbeit ebenfalls verrichten könnten und möchten, eine Bevorzugung. Denn den Angestellten wird ein unmittelbarer Antheil an den Erträgen nach Maßgabe des dem Einzelnen zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse nothwendigen Betrags, in der Form von Gehalt oder Lohn überwiesen, während allen übrigen Mitbesitzern nur mittelbar durch das Jahres-Staatsbudget eine geringe Quote berechnet wird; d. h. wenn Ueberschüsse entstehen, wie auch Einbußen von der Allgemeinheit getragen werden.

Die Bevorzugung schließt nicht blos die Gewährung eines unmittelbaren Anthells an den Erträgen der Staatsbetriebe während der Zeit in sich, wo eine Gegenleistung an Arbeit von Seiten des Empfängers dem Staate gegeben wird, sondern sie



dauert in der Regel auch noch darüber hinaus: in Form einer Pension, die nicht nur dem Arbeitnehmer, sondern auch oft nach dessen Ableben seiner hinterlassenen Ehefrau gewährleistet ist. Dabei wird von der Ansicht ausgegangen, daß es diesen Staatsbeamten nicht möglich war, von ihrem Jahresgehalte soviel zurückzulegen, das zur Bildung eines Kapitals hinreicht, dessen Rente ihnen im Alter ein genügendes Auskommen sichert. Es wird die Fiction geltend gemacht, daß die Staats-Pension gleichsam durch einen Theil des Gehaltes gebildet sei, den der Staat als Versicherer einbehält. Während der Staat von dem selbständigen Arbeiter, gleichviel ob er Arbeitnehmer oder Arbeitgeber ist, erwartet, daß er durch Sparsamkeit und Einschränkung seiner Lebensbedürfnisse auf das bescheidenste und im richtigen Verhältnisse zu seinem Einkommen stehende Maß, also unter voller Berücksichtigung des zu bildenden Alters-Capitals, seinen Lebensabend sichert, übernimmt für Letzteres der Staat die Fürsorge für seine Angestellten. Bei gleichen Leistungen und gleichem Einkommen kann der Staatsbeamte sein ganzes Einkommen ohne Besorgniß vor der Zukunft aufgebrauchen; dem selbständigen Arbeitnehmer oder Arbeitgeber bleibt dagegen unablässig die Sorge um den Lebensabend, welche mit jedem Arbeitsjahre, das er zurücklegt, um so drückender wird, als mit der Zunahme der Lebensjahre die Erwerbsfähigkeit abnimmt. Die Einnahmen des Staatsbeamten pflegen aber mit der Zahl seiner Arbeitsjahre zu steigen, unbekümmert darum, ob das Arbeitsquantum, welches er leistet, ein größeres oder kleineres geworden.

So stehen sich zwei Gruppen von Staatsangehörigen in dem modernen Staate gegenüber, deren Arbeit mit zweierlei Maß gemessen wird. Der selbständige Arbeiter — gleichviel

welchem Berufe er obliegt — hat für sich selbst zu sorgen; für die Arbeiter des Staates, den Staatsbeamten tritt der Staat ein, wenn sie der Fürsorge bedürfen, sei es auf Grund vertragsmäßiger Bestimmungen, sei es aus Billigkeitsrücksichten. Die staatliche Fürsorge erstreckt sich auch auf die etwa Hinterbleibenden des Beamten, indem der Staat diesen entweder zwingt, deren Lebensunterhalt für den Fall seines Todes im Voraus sicherzustellen, oder aber indem der Staat als Arbeitgeber ohne Weiteres diese Sicherstellung übernimmt.

Der heutige Staatssozialismus ist offensichtlich bestrebt, diese Ungleichheit zwischen dem Staats-Arbeitnehmer und dem bürgerlichen zu beseitigen. In der Weise, wie der Staat sich selbst — sei es aus früherer eigenster Entschließung des Herrschers, sei es auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Volke und der Regierung — die Fürsorge für seine Arbeitnehmer auferlegte, will er die bürgerlichen Arbeitgeber und deren Arbeitnehmer zangsweise mit der gemeinschaftlichen Fürsorge für letztere belasten. Er hat dies bereits durchgeführt in der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung-Gesetzgebung. Der bürgerliche Arbeitnehmer wird damit gleichsam in die Kategorie von Beamten gebracht, für die eine Gesamtheit — die Arbeitgeber — zu sorgen hat, und zwar ist dabei die Frage nach der Individualität ausgeschlossen. Die Fürsorge muß geschaffen werden sowohl für den Bedürftigen als auch für den, der sie sich aus eigenen Mitteln beschaffen könnte. Das Individuum geht in der Masse auf; es genügt, daß dasselbe zur Classe der Arbeitnehmer gehört, um seine Versicherung obligatorisch zu machen. War die Betheiligung der Arbeitnehmer an den Hülf- und Krankenkassen bis dahin nur eine facultative, so wurde sie jetzt eine obligatorische. Das Princip

der freien Selbstbestimmung des Individuums mußte dem Zwange des Gesetzgebers den Platz räumen. Charakteristisch für diese Gesetzgebung bleibt der Umstand, daß jener Zwang hauptsächlich nur für die Arbeitnehmer eingeführt wurde, welche als Werkleute — insbesondere Handwerker — thätig sind. Auf Arbeiter, die nicht dem Handwerke angehören, findet der Zwang nur für einzelne bestimmte Kategorien Anwendung. Die Ausdehnung des Gesetzes auf mehrere derselben entsprang dem Bestreben der betreffenden Arbeitgeber, sich von ihrer bis dahin obgelegenen alleinigen Fürsorge für ihre Arbeitnehmer zu befreien.

Nach Einführung der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung ergab sich als nächstes Ziel der staatsocialistischen Bewegung die eigentliche obligatorische Altersversorgung von selbst und zwar wiederum nur für diejenigen Arbeiter, für die jene Versicherung angeordnet ward. Die Krönung des Gebäudes in dieser Weise konnte von Beginn an nur eine Frage der Zeit sein. Erwüßte doch andernfalls allen denen ein glückliches Ereignis aus dem ihnen zugestoßenen Unfalle, der sie pensionsberechtigt machte und ihre Lebensfreuden nicht schmälerte. Für den „Invaliden der Arbeit“ wurde Fürsorge geschaffen, d. h. besonders für den Invaliden, der durch ein acutes Leiden an Arbeitskraft eingebüßt hatte. Dem Arbeiter aber, dessen Kräfte durch die Arbeit im Laufe der Jahre zermüht und abgenutzt worden, steht eine Pension in dem Augenblicke, wo das Werkzeug seinen entkräfteten Armen entfällt, nicht in Aussicht. Höchstens die Pension, welche ihn zum Almosenempfänger oder Armenhändler macht.

Für die Classe von Arbeitgebern, deren Lebenslage im Alter um nichts besser ist, als die der zu versorgenden Arbeit-

nehmer, fehlt auch in diesem Falle die Fürsorge. Arbeiter und Arbeitgeber in einer Person, haben sie keinen Anspruch auf die Berechtigungen der Arbeiter, welche nur der Classe der Arbeitnehmer angehören. Daß der Arbeitgeber zu den Klassen beizutragen hatte, aus welchen für den „Invaliden der Arbeit“ geschöpft wird, bildet für ihn nur ein ideales Moment seines Schaffens. Tritt an ihn die Sorge um das tägliche Brod am Abend seines Lebens heran, so rührt sich für ihn keine Hand aus dem Kreise derer zur Vinderung seiner Noth, deren materielle Wohlfahrt er zu sichern gezwungen wurde. Daß er als Selbständiger, als Arbeitgeber, den Kampf um's Dasein aufnahm, das erweist sich dann für ihn zum Fluche; sein Ehrgeiz, sich zum selbständigen Manne: zum Arbeitgeber, emporzuschwingen, ergiebt sich nun als ein ihn benachtheiligendes Unterfangen. Jetzt erst sieht er ein, welche Lasten ihm zu Gunsten der Arbeitnehmer auferlegt wurden, welche materiellen Einbußen ihm daraus erwuchsen, und daß das Facit seines vieljährigen Fleißes nur den Arbeitnehmern zu Gute kam. Und doch hat auch dieser Arbeitgeber ebenso werththätig gearbeitet, wie der Arbeitnehmer, den er beschäftigte, und wie oft, weit angestrongter und andauernder, als dieser, für den die Arbeitszeit nicht nur gesetzlich bemessen wurde, sondern der auch dieses Maß noch weiter zu verkürzen mußte.

Diese Classe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen sich also in Betreff der geleisteten Arbeitskraft und der Werththätigkeit gleich gegenüber und nur der Unterschied waltet zwischen ihnen ob, daß der Arbeitgeber ein größeres Quantum von Arbeitskraft und Leistung einsetzt und einsetzen muß. Deshalb kann dieser Arbeitgeber dieselbe Fürsorge für sich beanspruchen, welche der moderne Staat den Arbeitnehmern

glaubt zuwenden zu müssen. Denn da dieser Arbeitgeber neben seinen Arbeitnehmern nur als der erste unter gleichen anzusehen ist, gebühren ihm mindestens alle dieselben Vortheile, welche diesen gewährt werden. Für ihn müßte aber noch besser und ausreichender gesorgt werden, — wenn die socialpolitische Richtung des modernen Staates ins Auge gefaßt wird, weil er den Nährboden für die Arbeitnehmer schafft. Je besser die Lage des Arbeitgebers geschaffen wird, desto günstiger gestaltet sich die des Arbeitnehmers. Dieser kann nur da wirklich gedeihen, wo der Boden sich für den Arbeitgeber als fruchtbar erweist.

Es ist also die Forderung, die vorbezeichnete Classe von Arbeitgebern ebenso in die socialpolitische Fürsorge einzubegreifen, nach allen Richtungen hin eine aus der Nothwendigkeit sich ergebende Folgerung. Ob für diese Arbeitgeber der facultative oder der obligatorische Anschluß an die Arbeiterschutzz-Institute zu bestimmen sein wird, das mag noch dahingestellt bleiben, denn auch mit diesem Anschluß würde die socialpolitische Fürsorge für den werktthätigen Staatsangehörigen noch nicht das erreichen, was als weiteres Ziel sich hinstellt: die Fürsorge für die Wittwen. Wenn davon ausgegangen wird, für die materielle Wohlfahrt des freien oder bürgerlichen Arbeiters in gleichem Umfange zu sorgen, wie es rücksichtlich des Staatsarbeiters (des Beamten) geschieht, so muß auch der Wittve ihr Antheil an den socialpolitischen Maßnahmen gewahrt werden. Aber auch damit würden diese noch nicht abgeschlossen sein. Je mehr Staatsangehörigen der Staat die Verpflichtung auferlegt ihre materielle Wohlfahrt zu sichern, desto größer wird der Kreis derer, die dazu heranzuziehen sind, bis endlich die Zahl derer, welche noch außerhalb desselben bleiben, eine verhältnißmäßig nur geringe geworden. Erwägt man nun die

Wechselfälle, denen der Erwerbsthätige stets ausgesetzt ist, und die immer wachsenden Schwierigkeiten, welche sich dem Bemühen das Alter durch Ansammeln eines hinreichenden Rentencapitals zu sichern, entgegenstellen, so gelangt man schließlich zu der Frage: der allgemeinen obligatorischen Altersversorgung, die allen Staatsangehörigen, gleichviel welchen Standes, Berufs oder Ranges und gleichviel welchen Geschlechts, ob ledig, verheirathet oder verwittwet, von einem zu bestimmenden Lebensalter ab zu theil werden soll.

Eine solche allgemeine Altersversorgung oder Pensionsberechtigung erscheint allerdings als ein nicht zu erreichendes ideales Ziel. Indessen, ihre Verwirklichung beruht schließlich doch nur auf einem Rechenexempel, und wenn dieses deren Möglichkeit ergiebt, so wird sie, in Erwägung der modernen socialpolitischen Einrichtungen, nur eine Frage der Zeit sein. Ob dieser Zeitpunkt nach einem Decennium eintreten wird oder nach deren 10 ist zunächst gleichgültig: heute handelt es sich nur um die Erörterung der finanziellen Mittel, die zur Bestreitung der Pensionen erforderlich sein würden. Daß sich dafür sehr hohe Summen ergeben werden, das darf nicht vor deren Aufstellung zurückschrecken; ebensowenig darf der Umstand, daß für die Berechnung nur mangelhafte Daten vorliegen und daß die Zahlen also immer nur approximative sein können, ein Grund sein sich davon abzuwenden. Auch die Höhe der zu gewährenden Pension kann hier nur als beispielsweise angenommen werden; die angenommene Zahl aber dürfte den heutigen Anforderungen an eine genügende Minimalsumme mehr als entsprechen.

Die den folgenden Berechnungen zu Grunde gelegten Bevölkerungszahlen sind Ergebnisse der letzten Berufsstatistik von 1882.

In 1882 wurden im deutschen Reiche Erwerbsfähige über-	
haupt gezählt	18,986,494
und zwar männliche	14,025,266
weibliche	4,961,228
Die Gesamtbevölkerung betrug	45,222,113
davon männliche	22,150,749
weibliche	23,071,364

Die statistischen Erhebungen dieses Jahres gruppiren die Erwerbsfähigen in 10jährige Jahresklassen bis zum 70. Lebensjahre; sie führen demnach für die Altersklassen vom 60. bis 70. Lebensjahre, welche für unseren Zweck sehr wichtig sind, nur eine Gesamtziffer auf, so daß es sich namentlich nicht ermitteln läßt, wie hoch sich die Zahl der 65jährigen zur Zeit der Zählung im deutschen Reiche belief. Für unsere Berechnung hätten wir gern auch dieses Lebensalter zu Grunde gelegt, weil das 70. Lebensalter für den Eintritt der Altersversorgung wohl als zu weit hinausgeschoben erachtet werden dürfte. Indessen von wesentlicher Bedeutung für die Altersversorgung kann es nicht erachtet werden, ob diese mit dem 65. Lebensjahre oder mit einem einige Jahre späteren eintreten soll. In der Praxis wird es geboten sein, mit einem höheren Alter zu beginnen und dasselbe allmählig herabzusetzen.

Personen beiderlei Geschlechts 70 Jahre alt und darüber waren vorhanden 1,187,035, um die es sich also hier handeln würde, wenn die Pensionsberechtigung mit dem Beginn des 70. Lebensjahres eintreten soll. Von diesen Personen waren

109,836 ledige und geschiedene,
395,212 verheirathete,
681,987 verwittwete.

Die weiblichen 70jährigen überwogen die männlichen; es wurden gezählt 545,027 männliche,
642,008 weibliche.

Angenommen nun, daß die Pension für alle auf 750 *M* pro Kopf normirt würde, so wären zu deren Deckung jährlich rund
M 890,000,000

aufzubringen. Dieser Betrag ermäßigt sich jedoch zur Zeit um eine nicht unbedeutende Summe, und würde erst im Laufe der Jahre eine solche Höhe erreichen. Denn wenn die sofortige Verwirklichung der allgemeinen Pensionsberechtigung geschehen würde, so wären doch vorerst alle diejenigen Personen, welche zur Zeit auf Grund irgend welcher Rechte bereits pensionsberechtigt sind, von jener auszuschließen. Zu diesen Personen sind zu rechnen: alle Staats- und Civilpensionaire, Inassen von Stiften und Altersversorgungsanstalten, Rentner, Invaliden, kurz alle, für die bereits gesorgt wurde, und zwar alle 70jährigen, welche diesen Gruppen angehören. Die Berufsstatistik von 1882 ergab dafür folgende Zahlen:

für Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Bergbau .	230,732
„ Militair	2,067
„ Civilstaat	9,025
„ Kirche	1,458
„ Bildung	4,841
von eigenem Vermögen lebend	262,913
„ Unterstützung	65,264
Inassen von Invalidenhäusern	19,017
„ „ Armenhäusern	7,930
	<hr/>
	603,247

Es reducirt sich also der aufzubringende Betrag um mehr als die Hälfte, und es wären nur rund 450,000,000 *M* in Betracht zu ziehen, um alle diejenigen in den Genuß einer Alterspension zu setzen, welchen eine Versorgung fehlt. Aber auch dieser Betrag würde noch eine nicht unerhebliche Verringerung erfahren, wenn alle Renten-Unterstützungen und Beihilfen, die aus den Erträgnissen von Stiftungsgeldern aller Art Bedürftigen zugetheilt werden, von der ihnen zu theil werdenden allgemeinen Pension in Abzug gebracht würden.

Es würde durchaus nutzlos sein, noch weitere Berechnungen aufzustellen, weil es dazu an statistischem Material fehlt. Für unsern Zweck genügte es, einen Anhaltspunkt für sogenannte äußerste Zahlen zu finden, und diese ergeben sich aus dem Vorstehenden. Nur durch eine sehr eingehende Enquete lassen sich die Summen ermitteln, welche jetzt für Pensionen, aller Art Stiftungen, Renten, Armenunterstützungen verausgabt werden, und diejenigen, womit sich zur Sicherung einer Rente, Pension oder Altersversorgung im Allgemeinen die Bevölkerung aus eigenem oder gezwungenem Antriebe belastet hat.

Die allgemeine Altersversorgung kann natürlich erst allmählig an die Stelle aller und jeder Pension, Unterstützung, Rente u. s. w. treten, und zwar in dem Maße des Absterbens aller derer, welche auf Grund von Berechtigungen, welcher Art sie auch sein mögen, Alters- oder Invaliditäts-Zuwendungen erhalten. Von dem Augenblicke der Einführung der allgemeinen Altersversorgung an, werden von dem Staate oder im bürgerlichen Leben keine nach bisherigem Modus Pensionsberechtigten angestellt. Die Pension in ihrer heutigen Gestalt hat dann aufgehört. Es hat ein jeder Staatsangehöriger von einem bestimmten Lebensalter ab einen Jahres-

Beitrag an die allgemeine staatliche Pensions- und Invaliditäts-Casse zu leisten, und zwar mindestens in Höhe der Prämie, welche zur Sicherung des geringsten Pensionsfahes festgestellt wird. Die Versicherung einer beliebig höheren Pension ist Jedermann gestattet gegen Einzahlung der dafür zu normirenden höheren Prämienfäße. Dem Staate, den Behörden und Privaten bleibt es unbenommen, den Minimal-Pensionsbetrag festzustellen, welchen die von ihnen anzustellenden Beamten zu sichern haben, ohne daß diese hinsichtlich der Sicherung eines beliebigen Mehr beschränkt werden. Es steht diesen Staatsangehörigen nach dieser Richtung hin dieselbe Befugniß und dasselbe Recht zu, wie allen übrigen.

Die allgemeine staatliche Altersversorgung beseitigt an sich die bestehenden Lebens-, Renten- und Pensions-Versicherungsgesellschaften keineswegs; deren Geschäftsbetrieb dürfte freilich ein veränderter und weniger umfassend werden. Eine Verstaatlichung dieser Anstalten kann nicht zur Frage stehen.

Ideen, welche sich aus den Zeitströmungen entwickeln, fassen, wenn diese wirklich auf Wahrheit beruhen, früher oder später feste Wurzel und wachsen und erstarken, mögen ihnen auch noch so viele Hindernisse bereitet werden. Deren endliche Verwirklichung vermag Niemand aufzuhalten. So auch die Idee der allgemeinen Altersversorgung. Wurzeln die heutigen socialpolitischen Geseze und die auf Grund derselben geschehenen Einrichtungen, die Pensionen der Staatsbeamten, die staatlichen industriellen Betriebe und Monopole, die staatliche Fürsorge für die Arbeitnehmer u. s. w. wirklich in der Wahrheit, und gehören sie nicht zu den Wandlungen, die auf diesem Gebiete im Laufe der Zeiten entstehen und vergehen, dann wird der Ruf nach allgemeiner Altersversorgung gar bald laut er-

tönen, und ihre Verwirklichung wird die größte Aufgabe des modernen Staates bilden, die nicht an den tausenderlei Einwendungen und Bedenken scheitern kann, welche heute ihrer Ausführung entgegengesetzt werden mögen. Denn diese könnten sich in dem Falle doch nur auf die technischen Ausführungsbestimmungen beziehen; für die Technik giebt es aber keine Unmöglichkeiten. Es mögen ihr große Schwierigkeiten entgegen treten, indessen der Kraft des menschlichen Geistes wird es nicht schwer halten, sie zu überwinden. Nur der erste Schritt kostet; ist der Anfang gemacht, so wird der richtige und einfachste zum Ziele führende Weg sicher gefunden werden.

Es kann für unseren Zweck nicht die Aufgabe sein, eine Reihe von Bedenken und Einwendungen, welche die Idee einer allgemeinen Altersversorgung hervorrufen wird, aufzuführen und zu widerlegen. Das muß der allgemeinen Discussion überlassen bleiben. Nur eine Einwendung soll hier kurz eine Stelle finden, weil sie als die anscheinend am naheliegendste in den Vordergrund treten dürfte: die Furcht vor der Abschwächung der individuellen Erwerbsthätigkeit, hervorgerufen durch die gesicherte Altersversorgung. Wenn dieser Einwand in der That begründet wäre, so würde das gesammte heutige Pensionierungswesen als verwerflich zu bezeichnen sein; die Aussicht auf eine Pension wäre dann gleichbedeutend mit einer Herabminderung der Arbeitskraft und mit einer Vertheuerung der geleisteten Arbeit. Die Gewährung der Pension würde auf geleistete „treue“ Dienste nicht mehr zurückzuführen sein. Wer aus jenen Gründen die allgemeine Altersversorgung für unannehmbar hält, der muß auch die Pension in ihrer gegenwärtigen Gestalt verwerfen; was für den Einen gilt, gilt in dieser Beziehung nicht minder für den Andern. Unsere heutigen

Pensionsberechtigten sind Menschen wie alle übrigen Staatsangehörigen und besitzen dieselben Schwächen wie diese. Nicht um die Einführung einer allgemeinen Altersversorgung, noch um eine solche für nur einen Theil der bürgerlichen Arbeitnehmer kann es sich dann handeln, sondern es würde dann die Beseitigung aller Pensionsberechtigungen zur Frage kommen, und die freie Selbstbestimmung eines jeden Staatsangehörigen hinsichtlich seiner Altersversorgung wieder als oberster Grundsatz aufzustellen sein.

